

Wiedervereinigung Deutschlands, die diesem Ziele dient. Eine andere Art von Wiedervereinigung kann und wird es nicht geben. Niemals mehr wird es den Rüstungsmonopolen und großkapitalistischen Konzernen möglich sein, in ganz Deutschland zu herrschen.

Illusionär ist auch der Glaube, eine Wiedervereinigung Deutschlands sei durch einen „Einkauf“ der DDR zustande zu bringen.

Was man der DDR abkaufen kann, ist alljährlich auf der Leipziger Messe ausgestellt, Und von Jahr zu Jahr werden es mehr und bessere Produkte des Fleißes unserer Bevölkerung. Unverkäuflich aber ist der Sozialismus! Mit der Macht der Arbeiter und Bauern wird weder spekuliert noch gehandelt!

Genosse Walter Ulbricht sagte in seiner Festrede zum 15. Jahrestag der DDR: „Was ist also der Kern der nationalen Frage Deutschlands? Die Vereinigung der deutschen Staaten muß der größtmöglichen Sicherung des Friedens dienen, niemals aber dem Revanchismus und dem Krieg. Die Vereinigung der deutschen Staaten muß das Friedenspotential der deutschen Nation stärken, niemals aber das Kriegspotential. Die Vereinigung der deutschen Staaten kann und muß dem Wohlstand der Bürger beider deutscher Staaten dienen. Sie darf nicht dazu mißbraucht werden, ihren Wohlstand zu mindern. Die Wiedervereinigung Deutschlands verlangt daher keine Opfer von der Bevölkerung. Die Wiedervereinigung muß in jeder Beziehung mit den nationalen Interessen übereinstimmen.“

Wer sind unsere Partner in Westdeutschland?

Als Arbeiter, als Bauern, als werktätige Menschen der DDR, die wir in unserem Staat die Macht ausüben, haben wir in Westdeutschland Partner für die Vorbereitung und schließliche Verwirklichung der Wiedervereinigung Deutschlands. Es sind vor allem die westdeutschen Arbeiter, es sind die westdeutschen Bauern, es sind alle friedliebenden, demokratisch gesinnten Menschen in der Bundesrepublik.

Wenn es auch heute noch in weiten Kreisen der westdeutschen Arbeiter und Bauern große ideologische Verwirrung und viel Antikommunismus gibt, so ändert das dennoch nichts daran, daß die Interessen der Arbeiter der DDR und die Interessen der westdeutschen Arbeiter die gleichen sind.

Die westdeutschen Arbeiter wollen und brauchen den Frieden;

sie wollen und brauchen soziale Sicherheit;
sie wollen und brauchen größere demokratische Rechte;

sie wollen und brauchen Gerechtigkeit;

sie wollen und brauchen eine demokratische Neugestaltung der Verhältnisse in der Bundesrepublik.

Was sie überhaupt nicht gebrauchen können, sind Militarismus und Revanchismus, NATO und multilaterale Atomrüstung, sind Notstands-diktatur und Gesinnungsterror. In vielen Beschlüssen der westdeutschen Gewerkschaften ist das ausgedrückt, wenn auch nicht immer bis zur letzten Konsequenz.

Das Grundproblem in Westdeutschland

Das Grundproblem in Westdeutschland besteht darin, daß die westdeutschen Arbeiter die Kraft aufbringen, sich entscheidenden politischen Einfluß auf die westdeutsche Politik und auf die gesamte gesellschaftliche Entwicklung zu erkämpfen. Jetzt herrscht in Westdeutschland das Finanzkapital. Es hat sich ein System des Staatsmonopolismus, der Verquickung von Monopolen und Staatsapparat, von Profitinteressen und Politik entwickelt. Die herrschenden Kreise Westdeutschlands treiben zu Provokationen und zum Bürgerkrieg in Deutschland. Die Erhard-Regierung bereitet mit dem Griff nach Atomwaffen und mit den Notstandsgesetzen den dritten Staatsstreich vor, der eine neue nationale Katastrophe herauf beschwören würde. Solange das in Westdeutschland so bleibt, kann es natürlich keine Wiedervereinigung geben. Also ist auch im Interesse der Wiedervereinigung Deutschlands die Veränderung der Machtverhältnisse in der Bundesrepublik auf dem Wege demokratischer Reformen durch den Kampf der Arbeiter, der Bauern und demokratischer Kreise des Bürgertums die entscheidende Aufgabe.

Viele westdeutsche Bürger, die unsere Republik besuchen, freuen sich über die Ergebnisse unseres sozialistischen Aufbaus. Mit manchen gibt es auch Diskussionen über die Probleme unserer Entwicklung. Wir sind immer bereit, unseren westdeutschen Gästen über alles, was die DDR betrifft, Auskunft zu geben und geduldig mit ihnen über unseren Kampf für den Sozialismus zu diskutieren. Doch es gilt, sie auch stärker als bisher nach ihrer eigenen Verantwortung für den Gang der Dinge in Westdeutschland zu fragen. Wie lange wollen sie noch dulden, daß in Bonn eine Politik der atomaren Aufrüstung, eine Politik gegen Entspannung und Verständigung betrieben wird?